

# Das Ende des Ersten Weltkrieges in Bühl und Umgebung unter besonderer Berücksichtigung der Berichterstattung im Acher- und Bühler Boten

*Andreas Klotz*

## Einführung

Im Herbst 2018 sind es 100 Jahre seit Ende des Ersten Weltkrieges. Mit der Ablösung des Reichskanzlers Georg von Hertling<sup>1</sup> durch den Prinzen Max von Baden<sup>2</sup> vom 3. Oktober 1918 zeichnete sich das Ende der Monarchie in Deutschland ab. Deswegen wird dieses Datum die zeitliche Grundlage für den Beginn der Darstellung sein. Der Versailler Vertrag bildet den zeitlichen Endpunkt der Darstellung, da mit ihm die völkerrechtlichen Auswirkungen des Ersten Weltkrieges in Kraft traten.

Nachdem Prinz Max von Baden das Amt des Reichskanzlers übernahm, folgte die Ausrufung der Republik durch Philip Scheidemann<sup>3</sup> am 9. November 1918. Zwei Tage danach dankte der letzte deutsche Kaiser Wilhelm II.<sup>4</sup> ab und begab sich in das niederländische Exil nach Doorn. In einem ersten Schritt soll dargestellt werden, wie dieses Ereignis – gewissermaßen der Übergang in eine neue Zeit – von den in Bühl und Umgebung lebenden Menschen aufgenommen wurde. Es folgte ein durch soziale Not geprägtes Jahr 1919. Auch dieser Aspekt wird in der nachfolgenden Schilderung seine Würdigung erfahren. In einem letzten Schritt werden die Reaktionen der Menschen in Bühl und Umgebung auf den Versailler Vertrag im Vordergrund der Darstellung stehen.

## Der Beginn der neuen Zeit in Bühl und Umgebung

Dass Bühl und seine Umgebung am Anbeginn einer neuen Zeit standen, kommt auch im Acher- und Bühler Boten (ABB) vom 9. November 1918 zum Ausdruck. Die Hauptüberschrift auf der Titelseite des ABB lautete: „Vor wichtigen Entscheidungen“. Interessant ist es, dass der Bericht des Vertreters des Acher- und Bühler Boten zum Teil in der Rhetorik des Ersten Weltkrieges abgefasst ist: „Nicht besiegt sind wir, aber wir konnten auch nicht besiegt werden. Allein der Übermacht der Gewalt mussten wir weichen.“<sup>5</sup> Diese Aussage erinnert ein wenig an die u. a. von General Ludendorff<sup>6</sup> geprägte „Dolchstoßlegende“, derzu-

folge nicht die Entente, sondern die Protagonisten der deutschen Revolution 1918 große Schuld an der militärischen Niederlage hatten. Für den Vertreter des ABB waren zudem die politischen Verhältnisse bei den militärischen Bündnispartnern eine weitere Ursache für die Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg: „Die öffentliche Meinung unserer Verbündeten macht unverhohlen die deutsche Militärpolitik vor 1918 für den Zusammenbruch verantwortlich.“ Auch beklagt der Verfasser, dass die Forderung nach Abdankung des Kaisers den Verlust der Geschlossenheit des deutschen Reiches zur Folge hat: „Im Kaisertum verkörpert sich die Geschlossenheit des deutschen Volkes nach innen und nach außen.“ Ohne einen Kaiser, so der Verfasser, würde das deutsche Reich viel an politischer Bedeutung verlieren: „Und wen sollte man an die Stelle des Kaisers in diesem Augenblick setzen? Etwa ein Kind mit einem Beirat? Deutschland überhaupt und alle Völker waren noch nie schwächer, als wenn Kinder an einem solchen Posten standen.“<sup>7</sup>

Ebenso wie am 9. November 1918 wird der deutsche Kaiser auch in der Ausgabe des ABB vom 11. November 1918 in ein positives Licht gerückt: „Er [der Kaiser] hat die Neuordnung im Reich eingeleitet, wie er einst die sozialpolitische Ära in Deutschland großzügig in große Bahnen lenkte, so dass Deutschland an die Spitze der Völker marschierte.“

Ferner rechnete der Verfasser des Artikels vom 11. November 1918 Wilhelm II. hoch an, dass er seine Regentschaft solange ausübte, als er glaubte, „der Sache des Reiches zu nutzen“. Zudem bezeichnet er den deutschen Kaiser als „Friedenskaiser“. Schuld am Ersten Weltkrieg tragen nach Auffassung des für diesen Artikel verantwortlichen Redakteurs „Frankreich, England und das zaristische Russland“.<sup>8</sup>

Das Tempo der innenpolitischen Reformen war dem Verfasser des Artikels zu schnell: „Die Entwicklung im Reich und in den Bundesländern neigt etwas zum Galopp; ein langsames Tempo wäre förderlicher.“

Der Neuordnung des deutschen Reiches misst der Redakteur provisorischen Charakter zu. Offenbar war er der Auffassung, dass das neue politische System der Demokratie nicht von langer Dauer sein werde.

Trotz seines Bekenntnisses zum deutschen Kaiser und zur deutschen Militärpolitik sowie seiner Kritik an dem Wandel der innenpolitischen Situation kann der für diesen Artikel verantwortliche Redakteur seine Erleichterung über das bevorstehende Ende des Ersten Weltkrieges nicht verbergen: „[...] Der morgige Sonntag ist vielleicht der erste Tag, an welchem kein

Schuss mehr den Frieden der Erde stört“ bzw. „Gewiss haben wir den Frieden mit allen Fasern unseres Herzens herbeigesehnt“.

Bezüglich der bevorstehenden Friedensverhandlungen bemerkt der Redakteur des ABB, dass die Entente auch die durch den U-Boot-Krieg entstandenen Schäden beglichen haben möchte. Er tritt dafür ein, diese Schäden mit den an deutschen Kriegsgefangenen verübtem Leid aufzurechnen. Ferner beklagt der Verfasser, dass dem Militär das Vertrauen der neuen Machthaber gänzlich fehlen würde. Zum Abschluss seines Artikels glaubt er anmerken zu müssen, dass Deutschland vor einer äußerst schwierigen Zukunft steht: „Der Friede wird hart. Das wissen wir. Er wird nicht dadurch gemildert, dass wir unsere Mützenfarbe ablegen und rote Fahnen hochziehen.“<sup>9</sup>

Neben der fehlenden Einsicht, dass Deutschland den Ersten Weltkrieg aufgrund seiner militärischen Unterlegenheit verloren hatte, gehörte auch die Verehrung führender Militärs, allen voran Paul von Hindenburg,<sup>10</sup> zur Realität der Zeit in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg. In diesem Sinne heißt es in der Ausgabe des ABB vom 2. Juli 1919 unter der Überschrift „O Hindenburg“ aus Anlass seines Rückzugs ins Privatleben u. a.: „Hindenburg. Er war der Erste. Der letzte Soldat des deutschen Feldheers. Ein ganzer Soldat: treu sich selbst, treu dem Vaterland bis zum bitteren Ende. In ihm verkörpert sich der Ruhm und die Ehre der deutschen Armeen, an ihn hat sie sich erhoben, ihm hat sie vertraut, sein Bild war sie, ihr Bild war er. (...)“<sup>11</sup>

Wie andernorts wurde auch in Bühl am 11. November 1918 ein Soldatenrat gebildet. Er hatte die Aufgabe, im Zusammenwirken mit der Stadt Bühl für „Ruhe“ und Ordnung bei der Demobilmachung zu sorgen, und sah sich als Interessenvertretung der Bevölkerung.

Die Stadtverwaltung rief die Bevölkerung dazu auf, die heimkehrenden Soldaten gut zu behandeln. Gemäß dem von Uneinsichtigkeit geprägten Zeitgeist bezüglich der militärischen Niederlage Deutschlands heißt es in einer Verlautbarung des Bürgermeisteramtes: „Unser Heer hat seine Schuldigkeit getan, es hat die Heimat vor der Verwüstung bewahrt. Nach unendlichen Mühen und Strapazen, nach unvergleichlichen Ruhmestaten kehrt es unbesiegt in die Heimat zurück.“<sup>12</sup>

Freilich gab es zu Beginn der neuen Zeit auch ein Problem: In Bühl und Umgebung fürchteten viele Bürger um ihr Hab und Gut. Ausschlaggebend waren die zahlreichen Meldungen über Diebstähle. So wurde dem Kappelwindecker Rebstockwirt die schönste Kuh aus dem Stall gestohlen. Gewissermaßen als

Reaktion auf diese Straftaten forderte der Redakteur und Verleger Heinrich Röger den Magistrat auf, für die Gründung einer „Bürger- und Grundstücksbesitzerwache“ zu sorgen. Das Bezirksamt schloss sich der Forderung nach der Bildung einer Organisation, welche für „Ruhe und Ordnung“ sorgen sollte, an. Der Gemeinderat erklärte sein Einverständnis zu diesem Vorschlag und richtete eine Volkswehr unter der Führung von Gustav Röger<sup>13</sup> ein. Die Volkswehr umfasste 500 Mann. Sie mussten von den Betrieben abgestellt werden, was für diese nicht ganz ohne Probleme war, da sie auf ihre Arbeitskraft verzichten mussten. Ende des Jahres 1918 benötigte man die Volkswehr nicht mehr, sodass sie vom Gemeinderat aufgelöst wurde.

Ein weiteres Problem bestand im unrechtmäßigen Besitz von Materialien der heimkehrenden Soldaten. Deshalb wurden die Bürger in einer Bekanntmachung des Bezirksamtes Bühl vom 2. Januar 1919 aufgefordert, jegliches Heeresgut wie Waffen, Munition, Pferde, Flugmaterial sowie „Geräte aller Art“ bis 19. Januar 1919 an das Bürgermeisteramt in Bühl abzuliefern. Bei Nichtbeachtung dieser Verordnung drohte eine „Gefängnisstrafe bis zu 5 Jahren“ bzw. eine „Geldstrafe bis zu einhunderttausend Mark“.<sup>14</sup> Auch der Bühler Soldatenrat drohte in einer eigenen Bekanntmachung vom 7. Januar 1919 diese Strafe an.

Trotz der Diebstahlproblematik und des unbefugten Besitzes von Wehrmachtsmaterial wäre es falsch zu sagen, dass die Wirren der Nachkriegszeit vom Herbst bzw. Winter 1918/19 auch auf Bühl und Umgebung übergriffen. Hier blieb die Lage ruhig. Daran änderte sich auch nichts, als der badische Großherzog am 25. November 1918 seinen Thronverzicht erklärte. Dass die Situation in Bühl und Umgebung ruhig blieb, lag am Fehlen eines revolutionären Impulses. Es fehlte folglich am Nährboden für eine Revolution.<sup>15</sup> Anders sah die Situation in der Reichshauptstadt Berlin aus. Hier herrschten im Gegensatz zu Bühl bürgerkriegsähnliche Verhältnisse, wie anhand des folgenden Tagebucheintrags des Politikers, Publizisten und Diplomaten Harry Graf Kessler<sup>16</sup> vom 23. Dezember 1918 zum Ausdruck kommt: „(...) abends gegen zehn hieß es, irgendwo sei wieder eine Schießerei gewesen; es gebe zwanzig Tote. Die einen sagten am Potsdamer Bahnhof, die anderen, am Alexanderplatz. Ich fuhr nach dem Alexanderplatz, um zu sehen, was los war, und bekam hier die richtige Auskunft, die Schießerei sei in der Nähe des Schlosses gewesen. Am Marstall standen Gruppen von Matrosen, die erzählten, ihre Kameraden seien vor die Kommandantur gerückt, um Löhnung zu fordern. Plötzlich sei von der Universität auf sie geschossen

worden, zwei Mann tot, darauf hätten sie den Stadtkommandanten Wels<sup>17</sup> verhaftet und in den Marstall geführt. Dies sei gegen acht gewesen.“ Selbst der Heilige Abend des Jahres 1918 begann mit Gewalt, wie Kessler berichtet: „Weihnachtsabend hat heute früh mit einem Artillerie-Gefecht am Schloss begonnen. Die Regierungstruppen haben versucht, die Matrosen aus Schloss und Marstall heraus zu schießen.“<sup>18</sup> Am schlimmsten war die Lage in Bayern. Hier exekutierten die Repräsentanten der Räterepublik nach der Abdankung des letzten bayrischen Königs Ludwig III.<sup>19</sup> Anhänger des alten monarchistischen Systems in nicht unbeträchtlicher Anzahl. Später rächte sich die „Weiße Garde“, die Organisation der verbliebenen Monarchisten und anderer Gegner der Räterepublik, an ihnen. Das diesbezüglich bekannteste Beispiel ist die Ermordung des bayrischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner<sup>20</sup> durch den Grafen Arco-Valley<sup>21</sup>.

Die ruhige Situation in Bühl und Umgebung änderte sich auch dann nicht, als in Bühl und Umgebung am 23. November 1918 ein Arbeiterrat gegründet wurde. Dieser agierte auf dem Boden der bestehenden Verhältnisse und trat für die Abhaltung demokratischer Wahlen zur badischen Nationalversammlung ein.<sup>22</sup> Neben dem Soldaten- und Arbeiterrat gab es auch einen Volksrat. Interessant ist seine Zusammensetzung, denn neben einem Maschinisten, einem Schriftsetzer, einem Steinhauer und einem Schreiner gehörten ihm auch ein Prokurist, ein Kaufmann und ein Fabrikant an. Aufgrund der Zusammensetzung nannte sich dieses Gremium Volksrat. Es löste sich bereits am 3. Januar 1919 wieder auf, da es keine Aufgaben mehr hatte.<sup>23</sup>

Trotz der vergleichsweise ruhigen Lage in Bühl und Umgebung setzte sich der Verfasser des Leitartikels im ABB vom 25. November 1918 sehr kritisch mit dem damaligen System der Demokratie und seinen Funktionsträgern auseinander, nachdem am Tage zuvor der badische Großherzog seinen Thronverzicht erklärt hatte. Ihnen wurde unter der Überschrift: „So geht es nicht mehr weiter im Reiche“, vorgeworfen, nicht für die notwendige „Ruhe“ und Ordnung zu sorgen. Stattdessen herrsche in Deutschland bedingt durch die Vielzahl an Arbeiter- und Soldatenräten „Desorganisation“ anstelle einer „einheitlichen Leitung“. Ein diesbezügliches Beispiel war für ihn die Lebensmittelversorgung, „die an verschiedenen Stellen schon bedenklich unterbrochen“ sei. Zudem befürchtete er, dass die USA ihre versprochenen Lebensmittellieferungen stoppen würden, wenn eine ordnungsgemäße Verteilung nicht gewährleistet sei.

Ferner warnte der Autor davor, dass die Lage im Reich Frankreich einen Vorwand liefern könnte, deutsche Gebiete zu besetzen

Der Artikel schließt mit der Feststellung, dass nur eine Reichsregierung, die „führt“, die genannten Gefahren verhindern kann.<sup>24</sup>

In einem im Acher- und Bühler Boten speziell an das Bürgertum gerichteten Artikel vom 27. November 1918 fordert der Verfasser dieses auf, sich in den zum Teil neuen politischen Parteien zu engagieren, um auf diese Weise „Einfluss“ auf die Volksregierung zu bekommen. Andernfalls drohe die Gefahr, „unter die Räder“ zu kommen.

Der für den Artikel verantwortliche Redakteur stellt ferner fest, dass die bürgerlich gesonnen Menschen, welche u. a. die Berufe des Arztes, des Rechtsanwalts usw. durchaus zum Wohle der Allgemeinheit wirken, das politische Leben aber einer „kleinen Anzahl ideal gesinnter Männer und Arbeiter“ überließen. Er fügte hinzu, dass politisches Engagement des Bürgertums auch deshalb vonnöten ist, um seinen Platz „im neuen Staat“ behaupten zu können. Es kann festgehalten werden, dass dieser Artikel im Gegensatz zu den vorherigen über die bloße polemische Kritik hinausgeht.<sup>25</sup>

Der Verfasser eines anderen Artikels im Acher- und Bühler Boten vom 27. November 1918 beklagt den Verlust von Straßburg und Elsass-Lothringen mit folgenden traurigen Worten:

„(...) Nicht desto weniger zwingt uns ein schmerzliches Gefühl der Trauer und der Trennung um eine mit Sorge erzoogene Tochter unserer Mutter Germania die Feder in die Hand. Die Klänge des alten Soldatenliedes O Straßburg, o Straßburg du wunderschöne Stadt. Darinnen liegt begraben ein manniger Soldat werden wach und singen wie ein Grabgesang in unser Ohr.“ Der Verlust von Straßburg kam für den Verfasser einer bewussten Demütigung Deutschlands von Seiten Frankreichs gleich, zumal dieses für ihn „eine Pflanzstätte der deutschen Kultur und des deutschen Geisteslebens war“. Trotz dieser Klage glaubt der Verfasser darauf hinweisen zu müssen, dass Deutschland an dieser Entwicklung eine Mitschuld trägt Er bezieht dies unter Berufung auf die Kölnische Volkszeitung auf die herrschenden Verhältnisse in Deutschland.<sup>26</sup>

Aus der Sicht der Nachkriegszeit interessant und eher ungewöhnlich wirkt der im ABB veröffentlichte Leserbrief von Karl Schubert vom 27. November 1918, da er Kritik an das Deutschland des Ersten Weltkrieges und seinen politischen und militärischen Funktionsträgern enthält.

Der Verfasser des Leserbriefs bemerkt, die Übergriffe und Angriffe „unserer Feinde“ würden das Verhalten Deutschlands nicht rechtfertigen, „denn wir hätten uns sagen müssen, dass sie uns an körperlichen Machtmitteln überlegen sind und gerade deshalb hätten wir die besseren, die geistigen Mittel zur Verwendung bringen sollen“. Schubert fordert Deutschland und seine Feinde dazu auf, eine Politik der Versöhnung und des „gegenseitigen“ Respekts zu betreiben. Ferner trat er dafür ein, das Recht der Meinungsfreiheit zu respektieren und diesem einen wichtigen Platz im eigenen Leben einzuräumen. Für den Verfasser des Leserbriefs stellt die Existenz verschiedener politischer Ansichten in Deutschland kein Problem dar: „Dass wir in den Ansichten auseinandergehen ist nur natürlich, ja nach Alter, Stand, Bildung, Erfahrung und Charakter sind unsere Ansichten verschieden.“ Für Schubert geht es allein um die „Sache“ in Gestalt einer besseren Zukunft für Deutschland.

Trotz seines Bekenntnisses zur Meinungsfreiheit wäre es falsch, Schubert als ausschließlichen Befürworter des neuen politischen Systems zu bezeichnen. So beklagt er, dass in der neuen Zeit „Treue und Glauben, Vertrauen und Achtung vor den Behörden“ fehlen würden.

Wie viele seiner Zeitgenossen fordert auch Schubert dazu auf, „Ruhe“ bzw. „Ordnung“ zu wahren und dem „Feind gegenüber einig aufzutreten“.<sup>27</sup>

Im Gegensatz zu dem aus der Nachkriegszeit durchaus als ausgewogen zu bezeichnenden Leserbrief von Professor Karl Schubert aus Achern zieht der Redakteur des Leitartikels des ABB vom 24. Dezember 1918 eine ausschließlich negative Bilanz der Revolution von 1918. So stehe seiner Meinung nach die „versprochene Versammlungs- und Pressefreiheit nur auf dem Papier“. Auch gehört die Lebensmittelknappheit zum Alltag der Bevölkerung. Ferner, so der Verfasser des Artikels vom 24. Dezember 1918, hätten es die neuen Machthaber nicht geschafft, für mehr Sicherheit zu sorgen. Auf außenpolitischem Gebiet zeigten sich die Feinde Deutschlands auch nach dem Wechsel des politischen Systems „unerbittlich und rachsüchtig“.

Ferner beklagt der Verfasser des Artikels, dass die deutsche Armee „völlig lahm gelegt sei“.

Zudem würden die heimkehrenden Soldaten statt „Ruhe, Sicherheit und Aussicht auf eine bessere Umsturz und Unsicherheit“ in ihrer Heimat vorfinden. Dennoch, so der Verfasser des Artikels, „überstrahlen die Lichter des Christbaumes das Grauen vor der Vergangenheit und vor der Zukunft“. Seiner Auffassung nach sollen sich die Menschen des Augenblickes

der ersten Friedensweihnacht seit 1914 erfreuen. Es hat folglich den Anschein, als wolle der für diesen Leserbrief verantwortliche Redakteur die Verfasser mit der Kraft der christlichen Religion trösten, zumal er schreibt: „Der Herr ist zu uns auf die Erde gekommen. Er hat sich zu Beginn des Tages in die Krippe gelegt und die Kindheit geweiht, er hat den Tag durch sein restloses Schaffen der Arbeit des Lebens geweiht, er hat sich am Abend auf das Lager des Todes hingestreckt und dadurch dem Tode seinen Stachel entwunden und das Grab verherrlicht. Er wurde am dunkeln Abend in das Grab gelegt und war im Schimmer des herannahenden Tages wieder herausgetreten durch Macht zum Licht. Seit jenem Tag haben Tod und Grab keine Macht mehr für den Christen.“<sup>28</sup>

In einem anderen Artikel des ABB vom 24. Dezember 1918 steht die Freude über die erste Friedensweihnacht seit 1914 im Vordergrund: „Friede dem Menschen auf Erden. Ja Friede ist's und trotz allem wollen wir dankbaren Herzens das erste Weihnachtsfest des Friedens feiern.“

Der Verfasser des letzten erwähnenswerten Beitrags in der Weihnachtsausgabe des Acher- und Bühler Boten befasst sich mit der Trennung von Kirche und Staat. Der entsprechende Verfasser kritisiert diese sehr heftig, wenn er behauptet, die Kirche würde damit auf die Bedeutungsebene von „Gesangverein“ bzw. „Bienenzuchtverein“ herabgewürdigt werden. Eine andere negative Folge der Trennung von Kirche und Staat besteht für ihn darin, dass die Religion nunmehr „Privatsache“ sei. Damit, so der Verfasser, würde in der Bevölkerung das Bewusstsein für die wichtige Bedeutung der „religiösen Güter“ gänzlich schwinden. Eine Trennung von Kirche und Staat bedeutet für ihn zudem den Ausschluss der Eltern vom Erziehungsprozess. All die erwähnten Kritikpunkte lassen ihn zu dem Schluss kommen, dass „schon jetzt“ im öffentlichen Leben „nicht mehr allzu viel Christentum und Religion“ vorhanden ist.<sup>29</sup>

### Die Lage der Bevölkerung

In diesem Kapitel wird auf einige Grundzüge des alltäglichen Lebens der Bevölkerung in Bühl und Umgebung eingegangen. Dabei steht u. a. die Frage im Vordergrund, ob es genug Nahrungsmittel bzw. eine ausreichende Versorgung mit Kohle und Koks gab oder nicht. Gleiches für das Nähmaterial. Ferner ist von Interesse, wie es um das kulturelle Leben stand. Besondere Berücksichtigung erfährt auch das Faktum der heimkehrenden Soldaten.

## Die Nahrungsmittelknappheit

Zunächst ist zu konstatieren, dass nach Ende des Ersten Weltkrieges eine große Lebensmittelknappheit den Alltag der Menschen bestimmte. So wurde in Anzeigen des Bürgermeisterramtes bekanntgegeben, wer was an Lebensmitteln erhält: „Heute Freitag den 15. des Monats nachmittags von 4 von bis 6 Uhr wird Wild an die Buchstaben A, B, C, D und E abgegeben. Fleischkarten sind mitzubringen.“ Im November 1918 gab es Nudeln und Malzkaffee aus der geräumten Stadt Straßburg.<sup>30</sup>

Ferner gab es vom Lebensmittelamt die Bekanntmachung, dass jedem Kind bis zum Alter von vier Jahren ein Pfund Gries pro Monat zusteht und jede Person monatlich Anspruch auf „ein halbes Pfund Zwiebel“ hat. Grundnahrungsmittel wie „Kartoffel, Milch und Brot“ wurden streng rationiert. Letzteres war zudem nicht immer „nahrhaft“ und in geschmacklicher Hinsicht nicht immer „einwandfrei“. Grundlage der rationierten Lebensmittelversorgung waren Milch, Kartoffeln und Brot. Beim Brot gab es das Problem, dass es nicht von besonders guter Qualität war. Auch das Fett war ein seltenes Gut. In einer Bekanntmachung des Bezirksamtes vom 7. Januar 1919 heißt es, dass es auf 50 Gramm pro Person reduziert war.<sup>31</sup>

Auch an Orangen und Zitronen fehlte es. Dies gab der ABB am 19. Mai 1919 in einer entsprechenden Meldung bekannt. Grund für diesen Missstand war, dass die entsprechenden Einfuhrgesuche nicht die erforderliche Bewilligung bekamen, da das entsprechende Versorgungsgebiet aus der Sicht der zuständigen Behörden zu klein war. Die Meldung endet mit den Worten: „Finanzpolitische Erwägungen lassen übrigens die Einfuhrbewilligung auch weiterhin nur im sehr beschränkten Umfang zu und nur dann, wenn es sich um die Belieferung größerer Gebiete handelt.“<sup>32</sup>

Wie rar die notwendigen Grundnahrungsmittel waren, zeigt auch, dass eine Kommission gebildet wurde, um eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Milch zu gewährleisten. Die Volksküche war eine weitere Maßnahme gegen den Hunger. Ihre Träger waren das Gewerkschaftskartell und der Erwerbslosenrat. Sie gab zunächst an Arbeitslose und Kurzarbeiter Essen zu höchst verbilligten Preisen aus. Um dieses lobenswerte Ziel zu erreichen, bedurfte es möglichst vieler Spenden. Einer der Spender war Otto Eisele, der Wirt der „Grünen Bettlad“. Er ließ den Betreibern der Volksküche eine großzügige Spende zukommen.<sup>33</sup> Das Ziel der Volksküche, eine

ausreichende Finanzierung zu garantieren, wurde erreicht, sodass die Minderbemittelten ab November 1918 täglich zwischen 11 und 13 Uhr die Möglichkeit hatten, eine warme Mahlzeit in Form einer Suppe auf der Grundlage von Bohnen, Kartoffeln, Gries, Gerste und Nudeln zu bekommen. Binnen kurzer Zeit stieß das Projekt „Volksküche“ auf breite Resonanz. Um noch einen größeren Kreis an Interessenten zu erreichen, war es beabsichtigt, die Karten im „Wochenblock“ zu verkaufen.

Um im Rahmen der Möglichkeiten die Selbstversorgung die Menschen mit Nahrungsmittel zu gewährleisten, bot die Gemeinde Kleingärten zur Verpachtung an.<sup>34</sup>

### **Die Knappheit an Kohle und Koks**

Nicht nur die Lebensmittel, sondern auch der Energieträger Kohle war knapp bemessen, wie es in einer Meldung des Acher- und Bühler Boten vom 8. Januar 1919 zum Ausdruck kommt. Deshalb war es unabdingbar, mit dem Gas sparsam umzugehen, was bislang nicht der Fall war. Schließlich reichte der Vorrat an Gas laut ABB nur noch eine Woche. Deswegen orientierten sich die für die Energieversorgung verantwortlichen Funktionsträger an einem Beschluss des Karlsruher Stadtrats und erlaubten die Benutzung von Gas nur zwischen 6.15 Uhr bis 7.45 Uhr am Morgen, „mittags zwischen 11 und 1 Uhr und abends zwischen 5 und 9 Uhr“.

Das Verbot der Benutzung des Gasbadeöfen und Gaszimmersöfen bestand zudem. Hinzu kam, dass es zu einem gehörigen Preisanstieg von Kohle und Koks kam, wie der ABB in seiner Ausgabe vom 20. Januar 1919 meldete: „Wie uns mitgeteilt wurde, sind die Preise für Kohle und Koks kolossal in die Höhe gegangen. Seit 1. Januar kosten Kohle per 10 Tonnen 200 Mark und Koks 250 Mark mehr.“<sup>35</sup>

Auch im Sommer 1919 setzte sich der Engpass bezüglich Kohle und Koks fort. So hieß es in einer Meldung des Acher- und Bühler Boten vom 1. Juli 1919, dass eine nicht näher bezeichnete Fabrik in Achern stillgelegt werden musste. Die Entlassung von Arbeitern war die Folge davon.<sup>36</sup> Ferner wurde im ABB vom 2. Juli 1919 die Befürchtung geäußert, es sei sehr schwierig, wegen des Kohlemangels die Versorgung der Bevölkerung mit elektrischem Licht zu erhalten. Eine weitere Folge des Mangels an Kohle würde darin bestehen, dass die Menschen es im folgenden Winter sehr schwer haben würden, in ihren Wohnungen zu heizen.<sup>37</sup>

### Die heimkehrenden Soldaten

Ein weiteres Thema in der Zeit nach Ende des Ersten Weltkrieges war die Kriegerfürsorge. In einer entsprechenden Bekanntmachung des vorläufigen Ausschusses vom 20. Januar 1919 heißt es, dass eine ganze Reihe an entsprechenden Spenden eingegangen war. Trotzdem existierte ein weiterer entsprechender Bedarf. Entsprechende Sammelstellen befanden sich in den Häusern der Unitas Buchhandlung, der Sparkasse, des Bankhauses Wertheimer, des Kaufmanns Schedler, der Firma Wehr, des Kaufmanns Vollmer und der Firma Gebrüder Kuen. Ferner war der Umtausch von Uniformstücken eine Angelegenheit, welche die heimkehrenden Soldaten betraf.

### Die erste Friedensweihnacht seit 1914

Trotz des ersten Weihnachtsfestes in Frieden fanden 1918 aufgrund der kriegsbedingten Schäden die Feierlichkeiten nur in einem eingeschränkten Maße statt. So heißt es im Acher- und Bühler Boten vom 24. Dezember 1918 über die Weihnachtsfeier des katholischen Gesellenvereins: „Es kann nur in bescheidener Form geschehen, da der große Saal noch nicht frei und wiederhergestellt“ ist. Auch wenn die Lage nach Ende des Ersten Weltkrieges als schwer zu bezeichnen war, so gab es vonseiten der Vereine das Bemühen, die Menschen für eine begrenzte Zeit von den Schwierigkeiten und Problemen abzulenken. So heißt es ferner in der erwähnten Ankündigung bezüglich der Weihnachtsfeier des katholischen Gesellenvereins: „Für reichhaltiges Programm ist gesorgt.“ Das Lichtspieltheater Achern warb in der Weihnachtsausgabe des ABB mit folgender Anzeige: „Das Lichtspieltheater Tivoli hat am 25. und 26. Dezember ein schönes und reichhaltiges Programm zusammengestellt. Von 3 bis 5 Uhr findet an den genannten Tagen das Lustspiel Hans Trutz im Glück und anschließend das weitere interessante Programm statt.“<sup>38</sup>

Dass die Menschen in der schwierigen Zeit über gelungene kulturelle Darbietungen froh und dankbar waren, zeigt auch ein kurzer Bericht über den Kammermusikabend vom 6. Januar 1919 im Acher- und Bühler Boten vom 7. Januar 1919. Darin ist u. a. davon die Rede, dass die anwesenden Zuhörer von den gelungenen Darbietungen wie zum Beispiel den musikalischen Vorträgen des Herrn Hofschauspielers Renaud<sup>39</sup> noch „Tage und Wochen danach zehren“. Die Begeisterung war so groß gewesen, dass die Künstler sich zu Zugaben gezwungen sahen.

Zu den kulturellen Veranstaltungen in der Nachkriegszeit zählte auch der „dem Ernst der Zeit“ entsprechende Familienabend des katholischen Jugendvereins in Bühl. Auch hier gab es rezitierte Gedichte und musikalische Darbietungen. Ferner wurden zwei „kurze Lustspiele“ aufgeführt. Ebenfalls kündigte der Turnverein Achern in der Ausgabe des ABB vom 31. Dezember 1918 einen Unterhaltungsabend für die „heimgekehrten“ Krieger an.

Ein weiteres Problem stellte die Wiedereingliederung der heimkehrenden Soldaten in das Arbeitsleben dar. Nicht anders ist es zu erklären, wenn der badische Bauernverband laut Acher- und Bühler Bote vom 23. November 1918 die „Bauernmädchen“ ersuchte, von einem Umzug in die Stadt abzusehen und dort anfallende Bürotätigkeiten den heimkehrenden Soldaten zu überlassen.<sup>40</sup> Wie schwer es für sie war, zu Lohn und Brot zu kommen, zeigt auch die Meldung aus Achern vom 26. November 1918: „Volksausschuss Achern. Es meldeten sich bei unserer Arbeitsnachweisstelle Allerheiligen Straße 32 verschieden heimgekehrte Soldaten von hier und auswärts zwecks Erlangung von Dauerarbeitsstellen darunter auch 2 kaufmännische Büroposten und Gemeindebeamte. Leider können wir bisher nicht alle Arbeitssuchenden unterbringen, da seitens der Arbeitgeber keine Angebote gemeldet wurden.

Wir bitten nochmals alle hiesigen und auswärtigen Arbeitgeber uns offene Stellen stets zu melden.“<sup>41</sup>

Trotz der ernsten sozialen Situation wurde für die heimkehrenden Soldaten am 30. Dezember 1918 im Kronensaal eine Feier mit einem abwechslungsreichen Programm abgehalten. So gab es Darbietungen aus dem Bereich der Volksmusik. Ferner wurden Gedichte rezitiert. Jeder Soldat erhielt zudem von der Gemeinde ein Geschenk.<sup>42</sup>

Ein weiterer Beleg für die schlechte soziale Lage der in Bühl und Umgebung lebenden Menschen war der Mangel an Wohnraum, da zwischen 1914 und 1918 keine einzige Wohnung mehr gebaut wurde. Zudem verstärkte die Truppeneinquartierung den Mangel an Wohnraum. Die beiden genannten Tatsachen hatten zur Konsequenz, dass es nach dem Ende des Ersten Weltkriegs einen Bedarf an 30 neuen Unterkünften gab. Um diesen Mangel wirksam „verwalten“ zu können, wurde eine Wohnungskommission gegründet. Ihr gehörten der Bürgermeister, der Stadtbaumeister sowie je ein Vertreter des Gemeinderats und der Mieter an. Jede freie Wohnung musste der Kommission gemeldet werden. Die Stadt hatte das Recht, nicht genutzten Wohnraum zu beschlagnahmen und

an Wohnungssuchende zu vergeben. Es sollte bis zum Jahr 1929 dauern, ehe es in Bühl und Umgebung wieder ausreichenden Wohnraum gab.<sup>43</sup>

### **Das Fehlen von Nähfäden**

Auch an Nähfäden mangelte es, so wie es in einer Meldung des ABB unter Berufung auf die entsprechenden Klagen der Bühler Hausfrauen und Näherinnen hieß. Der für diese Mitteilung verantwortliche Mitarbeiter des Acher- und Bühler Boten schenkte der Mitteilung der dafür zuständigen Zentralstelle in Berlin keinen Glauben, dass in Bälde eine Belieferung des Bezirks Bühl mit Nähgarn erfolgen soll. Die Meldung schließt mit der Bemerkung, dass der Mangel an Nähgarn den minderbemittelten Teil der Bevölkerung treffen würde.<sup>44</sup>

### **Die ersten demokratischen Wahlen, die Friedensbedingungen und der Versailler Vertrag**

Hier steht zunächst der Ausgang der Wahlen zur badischen bzw. deutschen Nationalversammlung im Vordergrund der Darstellung. Im zweiten Teil des Kapitels wird auf die Berichterstattung des ABB zu den Themen „Friedensbedingungen“ und „Versailler Vertrag“ eingegangen.

### **Die Wahlen zur badischen und deutschen Nationalversammlung**

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung vom 5. Januar 1919 ging das Zentrum als stärkste Fraktion hervor.

Dies löste im ABB eine Euphorie aus, wie man an der Titelseite vom 7. Januar 1919 „Der unerschütterliche Zentrumssturm“ erkennt. Diesem konnte weder der verlorene Erste Weltkrieg noch die Revolution etwas anhaben. Die Zentrums- partei, so der Verfasser, würde sogar nochmals gestärkt aus den Wahlen hervorgehen, da sie einen höheren Prozentwert erringen konnte, als dies jemals bei Wahlen zum badischen Landtag der Fall gewesen war. Der Verfasser des Artikels führte dies u. a. auf „die Frucht eifriger und zielbewusster Wahlarbeit der Frauen und Jungfrauen“ zurück. Zudem geht auch er mit den Verantwortlichen der Revolution vom November 1918 kritisch um, wenn er vor einer „roten Flut“ warnt und seine Genugtuung darüber äußert, dass „die unab-

hängige Sozialdemokratie kein Mandat durchgebracht“ hat. Auch bezeichnet er das Anwachsen der Stimmen der MSPD als „bedenklich“.

Ein anderer Artikel im Zusammenhang mit den Wahlen zur badischen Nationalversammlung hebt das Frauenwahlrecht hervor. Der entsprechende Verfasser macht sich dieses zunutze, um seine Freude über den Sieg der Zentrumsparlei zum Ausdruck zu bringen, und dankt den Wählerinnen und Wählern auf innige Weise: „Ja, der größte Dank, der euch zuteil werden konnte, liegt heute schon vor.“ Der Verfasser setzt seine Ausführungen nahezu missionarisch fort, wenn er schreibt: „Der christliche Gottesglaube hat in und durch Euch gesiegt gegen den Unglauben. Mit Eurer Hilfe haben wir gesiegt. Es wird und ist eine Mahnung des deutschen Vaterlandes: der badische Zentrumsturm.“<sup>45</sup> Trotz des sehr guten Abschneidens des Zentrums mahnte der Verfasser die Frauen, alles dafür zu tun, dass das Zentrum bei der Wahl zur deutschen Nationalversammlung in Berlin zur stärksten Fraktion wird. Ausdrücklich wendet er sich gegen die SPD, wenn er schreibt: „Der Sieg des Christentums wie überhaupt des ganzen Bürgertums liegt am 19. Januar wieder in Eurer Hand.“ Der Artikel schließt mit der polemisch anmutenden Aussage: „Wir, das christliche Bürgertum, die Zentrumsparlei zählen auf Euch. Oder soll der Sozialismus allein den Gesetzeskörper der Nationalversammlung bilden?“<sup>46</sup>

Auch bei den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung ging die Zentrumsparlei im Wahlbezirk Bühl mit 11 286 Stimmen als stärkste Fraktion hervor. Es folgten die Sozialdemokraten. Sie erhielten 2845 Stimmen. Das Ergebnis der DDP betrug 1227 Stimmen gegenüber 1375 Stimmen bei den Wahlen zur badischen Nationalversammlung. Dagegen stieg der Anteil der Deutschen Volkspartei, und zwar von 72 bei den Wahlen zur badischen Nationalversammlung auf 152 bei den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung. Man kann festhalten: Die Weimarer Koalition, bestehend aus Zentrum, Deutsche Demokratische Partei und der MSPD, erhielt bei beiden Wahlen eine Mehrheit.<sup>47</sup>

### **Die Auswirkungen des Vertrages von Versailles auf das Leben der Menschen in Bühl**

Als der für Deutschland nachteilige Versailler Vertrag sich abzeichnete, kam es in Bühl erneut zu einem Schutzbedürfnis, dessen Ursachen in der schlechten Behandlung durch die Sieger des Ersten Weltkrieges zu sehen ist. Für die in Bühl und Umgebung lebenden Menschen stellte der Versailler Vertrag

einen „Katalog der Grausamkeiten“ dar. So gesehen ist es nicht verwunderlich, dass aufgrund der Empörung gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages am 18. Mai 1919 eine Protestversammlung der aufgebrachten Bühler Bürgerschaft stattfand. Der Zweck der Versammlung bestand darin, die einhellige Ablehnung des Versailler Vertrages zum Ausdruck zu bringen. Alle Teilnehmer zeigten sich über ihn empört, da er die Existenzmöglichkeiten des deutschen Reiches vernichte und dessen „wirtschaftliches Fortkommen damit dem Untergang geweiht“ war. Zudem äußerten viele, so der ABB vom 19. Mai 1918, die Befürchtung, dass der Versailler Vertrag „den Keim neuer blutiger Kriege“ in sich trägt.<sup>48</sup>

In der Ausgabe des ABB vom 19. Mai 1919 wurde betont, dass die Friedensbedingungen der Entente „über die Grenzen des Machbaren“ hinausgehen. Trotzdem gebe es, so heißt es weiter, keine andere Möglichkeit zur Lösung der Krise als die Diplomatie: „Jetzt gilt es Ruhe zu bewahren und nach Verständigung zu streben.“ Nach Auffassung des für diesen Artikel verantwortlichen Redakteurs, sei es unerlässlich, sich damit abzufinden, dass „Opfer“ gebracht werden müssen, auch wenn der Friede „unannehmbar“ sei. Am Ende des Artikels betonte der Verfasser erneut, dass es zum Verhandlungswege keinerlei Alternativen gibt: „Je offener wir sprechen, je sachlicher wir die werdenden Dinge behandeln, desto leichter muss es für uns werden, über die Schwierigkeiten hinweg zu kommen. Wir alle wollen einen ehrlichen Frieden, wir alle wollen die Verständigung also zwischen uns und unseren Gegnern.“

Die Empörung gegen die sich abzeichnenden Friedensbedingungen einte auch in Bühl die Parteien der Weimarer Koalition aus DDP, Zentrum und SPD. Von einer entsprechenden gemeinsamen Veranstaltung berichtete der ABB in seiner Ausgabe vom 18. Mai 1919. Ihr Hauptergebnis war eine Resolution, die als überparteilicher Protest gegen die sich abzeichnenden Friedensbedingungen bezeichnet werden kann.

Zu Beginn der Verlautbarung kommt zum Ausdruck, dass alle Teilnehmer der Versammlung die vorliegenden Friedensbedingungen auf das Entschiedenste ablehnten. Ferner heißt es in der Resolution, das deutsche Volk sei bereit, harte Friedensbedingungen anzunehmen, nicht aber solche, die über seine „Kraft“ und „Ehre“ gehen. Auch wurde beklagt, dass die „14 Punkte des Wilsonschen Friedensprogramms“ von den Alliierten nicht berücksichtigt worden sind. Die Einsicht, dass das Deutsche Reich den Ersten Weltkrieg verloren hatte, kam in der Verlautbarung nicht zum Ausdruck. Das Gegenteil ist vielmehr der Fall, wenn es heißt: „Das deutsche Volk ist von

seinen Gegnern nicht besiegt sondern nur (aufgrund) der völkerrechtlichen Handlungsweisen, welche seine Gegner über dasselbe verhängten.“ Die Resolution endet so, wie sie angefangen hat, nämlich mit der Äußerung, dass das deutsche Volk Protest gegen den „Gewaltfrieden“ und der daraus folgenden „rechtlosen Stellung“ auf das „Schärfste“ ablehnt.<sup>49</sup>

Nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages durch die deutsche Delegation setzte sich die Welle der Empörung gegen die Entente allen voran gegen Frankreich fort. Wie nahezu überall, war auch in der Ausgabe des ABB vom 30. Juni 1919 vom „Gewaltfrieden“ die Rede. Es passt zur feindlichen Stimmung gegenüber Frankreich, wenn der damalige französische Ministerpräsident Poincaré<sup>50</sup> bezüglich der Unterzeichnung des Versailler Vertrages durch die deutsche Delegation mit den Worten zitiert wird: „Ich habe 49 Jahre auf diesen Moment gewartet.“<sup>51</sup>

Nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages zog sich die DDP aus der Reichsregierung zurück. Ihr Vorsitzender Eugen Schiffer warf daraufhin den Funktionsträgern von Zentrum und den Mehrheitssozialisten „Heuchelei“ vor. Der Acher- und Bühler Bote warf in seiner Ausgabe vom 1. Juli 1919 dem Chef der DDP vor, es sei „leicht“, zum Frieden nein zu sagen, wo man schon wusste, dass der Friedensvertrag angenommen werden muss, will man nicht den völligen Untergang heraufbeschwören.“ Der Verfasser eines anderen Artikels im ABB vom 1. Juli 1919 hält der Deutschen Demokratischen Partei vor, mit dem Nein zum Versailler Vertrag und dem Ausstieg aus der Reichsregierung bewusst einen Keil zwischen dem „Zentrum“ und den „Mehrheitssozialisten treiben zu wollen, „um nach außen hin ihr Gesicht zu wahren“. Ferner heißt es im Artikel, die DDP würde den im Falle der Ablehnung des Versailler Vertrages drohenden Einmarsch der Truppen der Entente bewusst in Kauf nehmen, um auf diese Weise einen Schutz für ihre kapitalistischen Interessen zu haben.

Er zeigt für diese Haltung keinerlei Verständnis oder gar eine Zustimmung. Das Gegenteil ist vielmehr der Fall, denn es heißt weiter im Artikel: „Diese Haltung darf den Demokraten nicht vergessen werden. Sie stellen im kritischsten Augenblick, den die deutsche Geschichte jemals sah und im Augenblick des mit einer Uhr auf deutschem Boden stehenden Feindes den Zusammenhalt der Regierung in Frage, was um so gefährlicher war, als hinter der Sprengung des Kabinetts der radikale Umsturz bereits lauerte, der sich der Beute bemächtigen wollte. Der Artikel endet mit der Bemerkung, dass die DDP vom „Egoismus des Geldsacks getrieben wurde“.<sup>52</sup>

Als wohl bewusster Kontrast zu den erörterten Artikeln kann die Meldung des Acher- und Bühler Boten über eine Sitzung des Schopfheimer Ortsvereins der DDP vom 29. Juni 1919 angesehen werden. Darin heißt es, dass die versammelten Mitglieder ausdrücklich den Austritt der DDP aus der Reichregierung missbilligten.<sup>53</sup>

### Zusammenfassung

In Bühl entstanden wie andernorts auch neue Institutionen, wie u. a. ein Arbeiter- und ein Soldatenrat. Im Gegensatz zu Berlin und Bayern war Bühl von bürgerkriegsähnlichen Unruhen verschont. Die Lage der Bevölkerung war u. a. durch eine Knappheit an Nahrungsmittel gekennzeichnet. Sie wurden deshalb rationiert. Auch an Kohle und Koks fehlte es. Deswegen durften diese Energieträger nur zu bestimmten Zeiten in den Haushalten verwendet werden. Ein weiteres Problem stellten die heimkehrenden Soldaten dar. Sie mussten ihre Uniformstücke abgeben und in das Zivilleben, wie zum Beispiel auf dem Arbeitsmarkt, eingegliedert werden. Die Stimmung der Menschen war zum einen durch Dankbarkeit geprägt, weil sie die erste Friedensweihnacht seit 1914 erleben durften. Zum anderen gab es auch Stimmen, die Deutschland für nicht besiegt hielten.

Das kulturelle Leben nahm schon bald nach Kriegsende seinen Anfang, wie die beschriebenen Veranstaltungen der Vereine belegen.

Bei den ersten demokratischen Wahlen zur badischen bzw. deutschen Nationalversammlung stand die Redaktion des Acher- und Bühler Boten auf der Seite des Zentrums. Als sich die Friedensbedingungen bzw. der Versailler Vertrag abzeichneten, berichtete der ABB von der Empörung der Weimarer Koalition aus SPD, Zentrum und DDP. Nach der Unterzeichnung des Versailler Vertrages kam im ABB eine gegen die Entente, allen voran gegen Frankreich gerichtete Berichterstattung zum Ausdruck. Außerdem wurde von der Redaktion der genannten Zeitung Unverständnis gegen die DDP geäußert, die wegen der Unterzeichnung des Vertrages die Regierung verließ.

## Anmerkungen

- 1 Der konservative Politiker Georg von Hertling lebte vom 31. August 1843 bis zum 4. Januar 1919. Er war ab 1912 Führer der Zentrumsfraktion und wurde nach dem Rücktritt von Michaelis 1917 zum Reichskanzler ernannt.  
Von Hertling war ein entschiedener Gegner des Parlamentarismus. Er trat von seinem Amt zurück, nachdem Kaiser Wilhelm II. das parlamentarische System 1918 einführte.
- 2 Prinz Max von Baden lebte vom 10. Juli 1867 bis zum 6. November 1929. Nach einer militärisch geprägten Karriere hatte er vom 3. Oktober 1918 bis zum 9. November 1918 das Amt des Reichskanzlers inne. Nach der Ausrufung der Republik durch den sozialdemokratischen Politiker Philip Scheidemann verzichtete Prinz Max auf das Reichskanzleramt.
- 3 Der sozialdemokratische Politiker Philip Scheidemann lebte vom 26. Juli 1865 bis zum 29. November 1939.  
Er rief am 9. November 1918 nach dem Ende der Hohenzollern-Monarchie die Republik aus. Vom 3. Februar 1919 bis zum 20. Juni 1919 stand er als Ministerpräsident der ersten demokratisch legitimierten Reichsregierung aus SPD, Zentrum und DDP vor. Aus Protest gegen die Unterzeichnung des Versailler Vertrages trat er von seinem Amt zurück. Von 1920 bis 1925 war er Bürgermeister von Kassel.
- 4 Der letzte deutsche Monarch Kaiser Wilhelm II. lebte vom 27. Januar 1854 bis zum 4. Juni 1939. 1888 wurde er nach dem Tode von Friedrich II. deutscher Kaiser. Im Gegensatz zu diesem war Wilhelm II. alles andere als liberal und fortschrittlich. Nach der Ausrufung der Republik durch Philip Scheidemann dankte er ab und begab sich in das Exil im niederländischen Doorn.
- 5 Acher- und Bühler Bote (ABB) vom 9. November 1918. Es sei grundsätzlich angemerkt, dass der ABB dem Zentrum sehr nahe stand.
- 6 General Erich Ludendorff lebte vom 9. April 1865 bis zum 20. Dezember 1937. Während des Ersten Weltkrieges war er Generalstabschef der 8. Armee unter Paul von Hindenburg. Nachdem Deutschland im Ersten Weltkrieg besiegt worden war, verbreitete Ludendorff die „Dolchstoßlegende“. Sie beinhaltete die Lüge, dass Deutschland und die deutschen Soldaten nicht von den feindlichen Truppen der Entente, sondern von den Revolutionären im eigenen Lande den „Dolch“ in das Herz gestoßen bekamen. Im Gegensatz zu von Hindenburg war Ludendorff während seines ganzen Lebens ein Feind der ersten deutschen Demokratie. Deshalb beteiligte er sich am Bürgerbräukeller-Putsch der Nationalsozialisten vom 8. November 1923.
- 7 Siehe: ABB vom 9. November 1918.
- 8 Vgl.: ABB vom 11. November 1918.
- 9 A. a. O.
- 10 Der Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg lebte vom 2. Oktober 1847 bis zum 2. August 1934. Neben Erich Ludendorff war er die oberste Heeresleitung. Beide übten mit Billigung von Kaiser Wilhelm II. die Regierungsgewalt auf diktatorische Weise aus. Aufgrund des Sieges der Schlacht bei Tannenberg in Ostpreußen im Sommer 1914 entstand um seine Person ein Verehrungskult und Mythos. 1919 zog er sich aus dem Militärdienst in das Privatleben zurück. Nach dem Tode von Friedrich Ebert wurde er 1925 zum Reichspräsidenten gewählt. Zur Überraschung vieler Zeitgenossen stand er der Weimarer Verfassung loyal gegenüber. 1932 wurde er als Reichspräsident wiedergewählt.
- 11 Siehe: ABB von 2. Juli 1919.
- 12 A. a. O. vom 9. November 1918.
- 13 Über Heinrich und Gustav Röger sind mir keine Daten bekannt.
- 14 Vgl.: ABB vom 7. Januar 1919.
- 15 So auch: ABB vom 25. November 1918.
- 16 Harry Graf Kessler lebte vom 23. Mai 1868 bis zum 30. November 1937. Er war Kunstsammler, Mäzen, Publizist und Diplomat. Sein Versuch, für die Deutsche Demokratische Partei ein Reichstagsmandat zu erringen, scheiterte bei der Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924. Die von ihm verfassten Tagebücher sind ein lebendiges Zeugnis deutscher Zeitgeschichte.
- 17 Über den Stadtkommandanten Wels sind mir keine Daten bekannt.

- 18 Ebenda. Harry Graf Kessler: Tagebücher. Tagebücher 1918 bis 1937. Hrsg. v. Wolfgang Pfeiffer-Belli. 1. Auflage, Frankfurt 1996, S. 76 ff.
- 19 Der letzte bayrische König Ludwig III. kam am 7. Januar 1845 zur Welt und starb am 18. Oktober 1921 in seinem ungarischen Exil. Er war 1912 Prinzregent und bestieg am 5. November 1913 als letzter Monarch der Wittelsbacher den Königsthron. Er war sehr volkstümlich und erhielt deshalb den Beinamen „der Milchbauer von Vaterstetten“. Nach Ausrufung des „Freistaat Bayern“ erklärte Ludwig III. seinen Thronverzicht und floh nach Ungarn.
- 20 Kurt Eisner lebte vom 14. Mai 1867 bis zum 21. Februar 1919. Der Münchner Arbeiter- und Soldatenrat wählte ihn am 8. November 1918 zum bayerischen Ministerpräsidenten. Der überzeugte Sozialist stand einem Kabinett aus SPD- und USPD-Mitgliedern vor. SPD und USPD verloren die bayrische Landtagswahl vom 12. Januar 1919. Eisner wurde, als er sich zum Landtag begeben und dort seinen Rücktritt erklären wollte, auf dem Wege dorthin von dem antisemitisch und rechtsextremistisch gesonnenen Grafen Anton Arco-Valley erschossen.
- 21 Anton Graf von Arco-Valley lebte vom 5. Februar 1897 bis zum 29. Juni 1945. Er gehörte dem rechtsextremen und antisemitisch gesonnenen Thule-Bund an und sympathisierte mit den Monarchisten und Nationalsozialisten. Traurige Berühmtheit erhielt Arco-Valley dadurch, dass er den bayrischen Ministerpräsidenten Eisner am 21. Februar 1919 erschoss. Ein Sondergericht verurteilte ihn am 16. Januar 1920 zum Tode. Die Todesstrafe wurde vom damaligen bayerischen Justizminister Ernst Müller-Meinigen (DDP) in lebenslange Festungshaft umgewandelt, da dieser Valleys „nationale Gesinnung“ achtete. Valley kam im Rahmen der Hindenburg-Amnestie von 1925 aus Anlass des 80. Geburtstags des Reichspräsidenten bereits 1925 auf freien Fuß.
- 22 So auch: ABB vom 23. November 1918.
- 23 Ebenda: Gartner, Suso: Der Bühler Arbeiter- und Soldatenrat. In: Chronik der Stadt Bühl. Bd. 2 (1848–1973). Hrsg. v. d. Stadt Bühl. Bühl 1999, S. 161–166.
- 24 Ebenso ABB vom 25. November 1918.
- 25 A. a. O. vom 27. November 1918.
- 26 A. a. O.
- 27 A. a. O.
- 28 Siehe ABB vom 24. Dezember 1918.
- 29 A. a. O.
- 30 Siehe: Chronik der Stadt Bühl, Bd. 2.
- 31 Ebenso: ABB vom 7. Januar 1919.
- 32 A. a. O. vom 19. Mai 1919.
- 33 Über Otto Eisele und die Höhe seiner Spende sind mir keine Angaben bekannt.
- 34 A. a. O. vom 23. November 1918.
- 35 A. a. O. vom 20. Januar 1919.
- 36 A. a. O. vom 1. Juli 1919.
- 37 A. a. O. vom 2. Juli 1919.
- 38 A. a. O. vom 24. Dezember 1918.
- 39 Über den Hofschauspieler Renaud sind mir keine persönlichen Daten bekannt.
- 40 A. a. O. vom 23. November 1918.
- 41 A. a. O. vom 26. November 1918.
- 42 A. a. O. vom 30. Dezember 1918.
- 43 Vgl. Hoffmann, Marion: „Lieber eine Laus im Kraut als gar kein Fleisch“ – Wie die Bühler Bevölkerung den Ersten Weltkrieg erlebte. In: Chronik der Stadt Bühl. Bd. 2 (1848–1973). Hrsg. v. d. Stadt Bühl. Bühl 1999, S. 147–160, hier S. 156.
- 44 Ebenso: ABB vom 27. November 1918.
- 45 A. a. O. vom 7. Januar 1919.
- 46 A. a. O.
- 47 A. a. O. vom 20. Januar 1919.
- 48 Chronik der Stadt Bühl. Bd. 2; ABB vom 19. Mai 1919.
- 49 A. a. O.

- 50 Der französische Ministerpräsident Raymond Poincaré lebte vom 20. August 1860 bis zum 15. Oktober 1954. Er gehörte der konservativen Partei an und war viermal Ministerpräsident. Poincaré war Deutschland gegenüber aufgrund der Niederlage Frankreichs im deutsch-französischen Krieg der Jahre 1870/71 und den damit verbundenen leidvollen Erfahrungen feindlich gesonnen.
- 51 Ebenda: ABB vom 30. Juni 1919.
- 52 A. a. O. vom 1. Juli 1919.
- 53 A. a. O.